

## **Städtebaulicher Vorvertrag**

zur Durchführung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens **Eißendorf 50**  
(Weusthoffstraße) mit Rahmenvereinbarungen zur Kostenbeteiligung und zur Zusammen-  
arbeit zwischen der

Freien und Hansestadt Hamburg, vertreten durch das  
Bezirksamt Harburg  
Harburger Rathausplatz 4  
21073 Hamburg

- nachstehend Bezirksamt genannt -

und der

RATISBONA Handelsimmobilien  
Sperberweg 16  
41468 Neuss

- nachstehend Vorhabenträgerin genannt -.

Bezirksamt und Vorhabenträgerin werden nachstehend „Vertragsparteien“ genannt.

## § 1 Allgemeines

- (1) Der Vertrag betrifft die städtebauliche Entwicklung an der Weusthoffstraße 35a (Flurstücke 2675 und 4263 der Gemarkung Eißendorf, Bezirk Harburg). Die Nutzungsabsicht wird im Folgenden „Vorhaben“ genannt, die Fläche des Vorhabens „Vorhabenfläche“. Auf der Vorhabenfläche bestehen heute ein großflächiger Einzelhandel mit einer Bäckerei sowie den zugehörigen Stellplatz- und Wegeflächen und eine bauliche Anlage für die Bereitstellung von Einkaufswagen. Die Vorhabenträgerin beabsichtigt den Einzelhandel marktlagengerecht zu vergrößern und auf dem Dach des Einzelhandels zwei architektonisch gleichartige Wohntürme mit insgesamt etwa 44 Wohneinheiten zu errichten. Die Freiräume und die den Wohnnutzungen zugehörigen Spieleflächen sollen auf dem Dach des Einzelhandels hergestellt werden. Stell- und Parkplätze sowie die Anlieferung sind in einer Tiefgarage vorgesehen.

Zur Findung eines qualitativ hochwertigen städtebaulichen, architektonischen und landschaftsplanerischen Konzepts zur Umsetzung der Entwicklungsziele wurde im Vorwege ein städtebaulich-hochbauliches Gutachterverfahren durchgeführt, in dem der Entwurf von coido GmbH (Architekten) mit Bruun & Möllers GmbH & Co. KG (Landschaftsarchitekten) zur Realisierung ausgewählt wurde (**Anlage 1**).

- (2) Die Vorhabenfläche liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplans Eißendorf 1 vom 21. Oktober 1963, der für die Flurstücke in der Hauptsache ein Gewerbegebiet ausweist. Es sind in dem Plangebiet zwei Flächen mit Baugrenzen festgesetzt, zum einen für eine längliche Garagenanlage im nördlichen Teil und für eine rechteckige Gewerbefläche mittig des Gebiets. Für beide Baufenster ist jeweils eine Eingeschossigkeit festgesetzt. Teile des Geltungsbereichs sind zudem als private Grünflächen festgesetzt.

Das Bezirksamt beabsichtigt, das für das Vorhaben erforderliche Planrecht durch die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit der Bezeichnung Eißendorf 50 zu schaffen. Der Stadtentwicklungsausschuss Harburg hat der Einleitung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens am 18. Oktober 2021 zugestimmt. Die Bezirksversammlung Harburg ist mit Sitzung vom 26. Oktober 2021 der Zustimmung des Stadtentwicklungsausschusses gefolgt.

Die Planzeichnung des Bebauungsplanentwurfs Eißendorf 50 mit den vorgesehenen Festsetzungen ist in der **Anlage 2** als Bestandteil dieses Vertrags beigefügt. Falls das Plangebiet bzw. die Vorhabenfläche geändert wird und sich dies auf den Vertrag auswirkt, werden die Vertragsparteien im gegenseitigen Einvernehmen entsprechende Änderungen vornehmen.

- (3) Die Vertragsparteien sind sich bewusst, dass weder ein Rechtsanspruch auf die Aufstellung eines entsprechenden vorhabenbezogenen Bebauungsplans besteht noch durch diesen Vertrag begründet wird; § 1 Absatz 3 des Baugesetzbuchs (BauGB) bleibt unberührt. Den Vertragsparteien ist bekannt, dass sich Inhalt und Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans sowie die Durchführung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften richten, insbesondere gemäß § 1 Absatz 7 des BauGB eine Abwägung der öffentlichen und privaten

Belange vorzunehmen ist, und von Entscheidungen der plangebenden Gremien abhängen. Auch stellen die in Absatz 2 genannten Absichten keine Zusage derartiger Ereignisse dar. Ebenso bestehen keine Schadenersatzansprüche bei Abbruch des Verfahrens, bei einem anderen Inhalt als dem erwarteten oder in Folge der Aufhebung von Teilen oder des gesamten vorhabenbezogenen Bebauungsplanes nach einem Normkontrollverfahren.

(4) Dieser Vertrag dient der Regelung

- der Zusammenarbeit der Vertragsparteien,
- der Kostentragung im Rahmen der Durchführung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens einschließlich der Kostentragung für Untersuchungen / Gutachten sowie
- von weiteren Maßnahmen und Kosten, die sich aus dem vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahren ergeben können.

## **§ 2 Zusammenarbeit**

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich im Rahmen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit. Diese beinhaltet die rechtzeitige und umfassende gegenseitige Information der Vertragsparteien über sämtliche Umstände, die für das vorhabenbezogene Bebauungsplanverfahren von Bedeutung sind, sowie die erforderliche Koordination und Abstimmung während der Planung.

Ansprechpersonen von Seiten des Bezirksamts (Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung) sind:

[REDACTED], [REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED], [REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED], [REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED], [REDACTED]  
[REDACTED], [REDACTED], [REDACTED]  
[REDACTED]

Ansprechperson von Seiten der Vorhabenträgerin ist:

[REDACTED]  
[REDACTED]

(2) Bis zur Zustimmung der Bezirksversammlung Harburg zur Schlussabwägung der Anregungen aus der öffentlichen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanentwurf unterrichtet die Vorhabenträgerin gemäß Absatz 1 den Projektbeauftragten des Bezirksamtes regelmäßig über den Stand der Planungen, mindestens aber, sobald wichtige Erkenntnisse vorliegen oder Tatsachen eingetreten sind, die sich auf das vor-

habenbezogene Bebauungsplanverfahren auswirken können. Das Bezirksamt unterrichtet die Vorhabenträgerin über Entwicklungen, die für den Inhalt und den Fortgang des vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens von Bedeutung sind.

- (3) Das Bezirksamt wird im Rahmen des rechtlich Möglichen und Zulässigen mitwirken, um das Verfahren zügig abzuwickeln.
- (4) Die Vorhabenträgerin weist dem Bezirksamt nach, dass sie finanziell zur Durchführung des Vorhabens in der Lage ist (geeignete Nachweise sind durch die Vorhabenträgerin zu erbringen, z. B. ein Bonitätsnachweis eines Kreditinstituts).

### **§ 3 Beauftragung weiterer Planungsbeteiligter und Abstimmungspflichten**

- (1) Zur Erarbeitung einer städtebaulich geeigneten Planung und Baureifmachung des Geländes beauftragt die Vorhabenträgerin:
  - ein Stadtplanungsbüro zur Erstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans und Durchführung sämtlicher notwendiger Aufgaben eines Bebauungsplanverfahrens bis zur Feststellung einschließlich der in der Freien und Hansestadt Hamburg üblichen speziellen Verfahrensschritte und -aufgaben (z. B. Durchführung der Arbeitskreise; Erstellung einer Verfahrensakte, die im Rahmen des Feststellungsverfahrens der Bezirksamtsleitung vorzulegen ist),
  - ein Landschaftsplanungsbüro zur Erstellung eines qualifizierten Freiflächenplans und Ausarbeitung von rechtssicheren „Huckepackinhalten“ – also Festsetzungen, die der Sicherung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege dienen - im Festsetzungs- und Begründungstext zum vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahren
  - sowie die erforderlichen Gutachter und Fachplaner in dem Umfang, der im Rahmen der schriftlichen GrobAbstimmung und frühzeitigen Trägerbeteiligung vom 11. November 2021 bis zum 26. November 2021 definiert wurde bzw. dessen Notwendigkeit im weiteren Verfahren entsteht.
- (2) Mit dem Bezirksamt (Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung) sind die Beauftragung geeigneter Planungs- und Fachplanungsbüros sowie wesentliche Zwischenschritte und Ergebnisse ihrer Arbeit unverzüglich abzustimmen.

### **§ 4 Städtebaulich-hochbauliches Gutachterverfahren**

Der aus dem durchgeführten städtebaulich-hochbaulichen Gutachterverfahren hervorgegangene Entwurf von coido GmbH (Architekten) mit Bruun & Möllers GmbH & Co. KG (Landschaftsarchitekten) ist dem nachfolgend abzuschließenden Durchführungsvertrag sowie dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan zu Grunde zu legen.

## § 5 Vorhabenbezogenes Bebauungsplanverfahren

- (1) Die Durchführung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens obliegt dem Bezirksamt. Die gemeindliche Planungshoheit wird aufgrund der Erarbeitung der Planung durch die Vorhabenträgerin nicht eingeschränkt. Insbesondere obliegen dem Bezirksamt die Abwägung gemäß § 1 Absatz 7 BauGB und die sonstigen hoheitlichen Verfahrensschritte.
- (2) Das durch die Vorhabenträgerin zur Erstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans zu beauftragende Stadtplanungs- und Landschaftsplanungsbüro soll nachweislich mit den rechtlichen und organisatorischen Gegebenheiten der Freien und Hansestadt Hamburg vertraut sein. Die von dem beauftragten Stadtplanungs- und Landschaftsplanungsbüro zu erbringenden Planungsleistungen umfassen alle notwendigen Leistungen für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan wie die Vorbereitung und die Durchführung von Verfahrensschritten nach den §§ 2 bis 4 des BauGB (Entwerfen, Abstimmen und Verschicken, digitales Bereitstellen von Unterlagen für die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeitsbeteiligungen, Anfertigung einer Verfahrensakte), die Überarbeitung des Planentwurfs infolge der Genehmigungsprüfung nach den Beschlüssen der politischen Gremien sowie die Erstellung und die Abstimmung aller im Rahmen des Verfahrens zu erstellenden Niederschriften, Vorlagen, Abwägungen, Stellungnahmen und sonstigen Dokumente. Die Vorstellung der Planungen in politischen Gremien und der Öffentlichkeit erfolgt durch das von der Vorhabenträgerin beauftragte Stadtplanungs- und Landschaftsplanungsbüro sowie durch beauftragte Gutachterbüros (nachfolgend alle drei zusammengefasst „beauftragte Büros“ genannt). Hierzu sind von den beauftragten Büros digitale Präsentationen zu erstellen, mit dem Bezirksamt (Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung) spätestens am Vortag vor den jeweiligen Terminen abzustimmen und gegenüber den politischen Gremien, der Öffentlichkeit und/oder der Bezirksverwaltung vorzutragen. Das beauftragte Stadtplanungs- und Landschaftsplanungsbüro ist nach vorheriger Abstimmung mit der Vorhabenträgerin verpflichtet, fachplanerische und gutachterliche Auskünfte aus stadtplanerischer, landschaftsplanerischer und naturschutzrechtlicher Sicht zu prüfen, zu überarbeiten und die Abwägung gemäß § 1 Absatz 7 BauGB vorzubereiten. Insbesondere sind die Unterlagen, die für die Beteiligung der Öffentlichkeit, der politischen Gremien und der Behörden bzw. der Träger öffentlicher Belange vorgesehen sind, vom Bezirksamt freizugeben.

Verfahrensbegleitend ist spätestens zur öffentlichen Auslegung durch die beauftragten Büros eine Umweltakte mit allen relevanten umweltbezogenen Stellungnahmen und Gutachten sowohl digital als auch in Papierform zu erstellen. Dabei sind alle personenbezogenen Daten und sonstige Daten, die dem Datenschutz unterliegen, zu schwärzen. Der Umweltakte ist ein detailliertes Inhaltsverzeichnis voranzustellen.

Zur Feststellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens durch die Bezirksamtsleitung ist von den beauftragten Büros eine detaillierte Verfahrensakte zu erstellen, die alle maßgeblichen Verfahrensschritte dokumentiert. Die Verfahrensakte wird der Bezirksamtsleiterin zur Unterschrift vorgelegt und dokumentiert deren Kenntnisnahme. Das Inhaltsverzeichnis liegt als **Anlage 3** dem Vertrag bei.

Das beauftragte Stadtplanungsbüro führt die Beteiligungsschritte unter Zuhilfenahme des IT-Verfahrens „Bauleitplanung online“ und des Moduls „Zuvex“ durch. Die Qualifizierung für die Durchführung der vorgenannten Verfahren ist vor Beauftragung gegenüber dem Bezirksamt nachzuweisen.

Den vorhabenbezogenen Bebauungsplanentwurf wird das beauftragte Stadtplanungsbüro in folgenden Softwareformaten erstellen (**Anlage 4**):

- Bebauungsplanzeichnung als .png-Dokument (Rasterbild), als .pgw-Dokument (Word-Datei zu Rasterbild), als .gml-Dokument (XPlanGML) und als .dwg. Eine Georeferenzierung im Lagestatus 310 (UTM-Abbildung) ist notwendig.
  - Für sonstige vektorbasierte CAD-Dateien (z. B. Vorhaben- und Erschließungsplan), die von vom Bezirksamt potentiell weiterbearbeitet werden, ist eine Georeferenzierung im Lagestatus 310 (UTM-Abbildung) notwendig. Sie sind als .dwg zu liefern.
  - Bebauungsplanzeichnung, Verordnung und Begründung sowie Vorhaben- und Erschließungsplan als .pdf-Dokument.
  - Verordnung und Begründung als .docx-Dokument sowie als xml-Dokument (Word 2003).
- (3) Die beauftragten Büros haben die geltenden Rechtsvorschriften, insbesondere das BauGB, die Baunutzungsverordnung, die Hamburgischen „Hinweise zur Bebauungsplanung“, das Handbuch der Landschaftsplanung, die „Hamburger Leitlinien für den Einzelhandel“, die Hamburgische Bauordnung, das Bundesnaturschutzgesetz, das Hamburgische Gesetz zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes, die städtebaulichen Grundsätze, das Bundes-Immissionsschutzgesetz, das Bundes-Klimaschutzgesetz, das Hamburgische Klimaschutzgesetz, den Hamburger Leitfaden Lärm und die anerkannten Regeln der Technik zu beachten.
- (4) Die beauftragten Büros sind verpflichtet, im Rahmen der Bauleitplanung Verschwiegenheit zu bewahren. Diese Verpflichtung besteht auch nach Abschluss der Planung fort.
- (5) Die beauftragten Büros müssen Stellungnahmen, die die Öffentlichkeit und die Träger öffentlicher Belange im Planverfahren einreichen, vertraulich behandeln. Dies bedeutet insbesondere: Stellungnahmen dürfen nur im fachlich erforderlichen Fall und unter Wahrung des Vertrauensschutzes an die Vorhabenträgerin und an private, mit der Bauleitplanung befasste Büros (Fachplaner bzw. Gutachter) weitergeleitet werden. Ein Erfordernis besteht, wenn objektiv nur diese privaten Stellen Auskünfte zu den Stellungnahmen oder zu einzelnen Aspekten der Planung geben können.
- (6) Die Weiterleitung ist auf die für die Beantwortung notwendigen Teile der Stellungnahmen zu begrenzen.
- (7) Angaben, die Rückschlüsse auf die Absender von Stellungnahmen der Öffentlichkeit enthalten, sind unzulässig.

- (8) Eine Weitergabe von Stellungnahmen und Informationen an sonstige Personen und Stellen ist unzulässig.
- (9) Die Vorhabenträgerin überlässt den beauftragten Büros diesen Vertrag zur Kenntnis und verpflichtet diese vertraglich zur Einhaltung der in den §§ 2 bis 9 genannten Regelungen.

## **§ 6 Kostenübernahme**

- (1) Die Vorhabenträgerin trägt sämtliche Kosten, die im Zusammenhang mit der Planung und der Durchführung des Verfahrens entstehen (einschließlich der Kosten für Untersuchungen und Gutachten), insbesondere die Kosten für
  - das vorhabenbezogene Bebauungsplanverfahren (gemäß Leistungsbild HOAI § 19, 24 sowie 29 und der für Hamburg geltenden besonderen Leistungen),
  - Vorhaben- und Erschließungsplan inklusive qualifiziertem Freiflächenplan,
  - Vorprüfung des Einzelfalls nach § 13a Absatz 1 Nr. 2 BauGB,
  - Baumgutachten mit Baumaufmaß und -bewertung,
  - Artenschutzgutachten,
  - Lärmgutachten,
  - Verkehrsgutachten,
  - Baugrundgutachten,
  - Entwässerungsgutachten einschl. Überflutungsnachweis,
  - Brandschutzkonzept,
  - Werbeanlagenkonzept,
  - und aller weiteren ggf. notwendigen Gutachten, Untersuchungen u. ä.
- (2) Die Arten und der Umfang der Untersuchungen werden im Rahmen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens gemäß ihrer Notwendigkeit im Grundsatz ab dem Verfahrensschritt der Grobabstimmung festgelegt. Die fachlichen Inhalte der Aufträge an die Gutachterbüros sind mit den Projektbeauftragten im Bezirksamt und ggf. den zuständigen Fachdienststellen abzustimmen. Im Verfahren können noch weitere Untersuchungen hinzukommen, abhängig insbesondere von etwaig geänderten Gesetzesgrundlagen und Planungen.
- (3) Das Bezirksamt ist darüber hinaus berechtigt Änderungen bzw. Nachbesserungen sowie weitere Gutachten, Untersuchungen, Ausarbeitungen, Vervielfältigungen etc. zu fordern, soweit diese im Laufe der Planung für eine sachgerechte Abwägung gemäß § 1 Absatz 7 des BauGB oder für die Information der Träger öffentlicher Belange nach Inkrafttreten des vorhabenbezogenen Bebauungsplans notwendig werden. Insbesondere sind zur Berücksichtigung von § 2 Absatz 4 und § 2 a des BauGB in Verbindung mit Anlage 1 zum BauGB anderweitige Planungsmöglichkeiten zu berücksichtigen. Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich, auf ihre Kosten auch diese Leistungen zu erbringen oder die Kosten für die Erbringung dieser Leistungen zu übernehmen.
- (4) Das Bezirksamt behält sich vor, eigene Vorgaben der Planung nach Rücksprache mit der Vorhabenträgerin zu korrigieren, wenn sich dies im Laufe des Planverfahrens als

erforderlich oder zweckmäßig herausstellt. Die Kosten für eventuelle Planungsänderungen übernimmt die Vorhabenträgerin. Das Bezirksamt ist darüber hinaus berechtigt, den beauftragten Büros Weisungen zu den Inhalten des vorhabenbezogenen Bebauungsplanentwurfs zu erteilen, z. B. um eine rechtssichere Abwägung oder um ein zügiges Verfahren zu gewährleisten.

- (5) Falls das Bezirksamt beabsichtigt, in Bezug auf die Planinhalte Aufträge an Dritte zu vergeben, wird es sich mit der Vorhabenträgerin abstimmen.
- (6) Die von den beauftragten Büros erbrachten Leistungen werden vom Bezirksamt geprüft und ggf. freigegeben.
- (7) Die Vergütungen der von den beauftragten Büros erbrachten Leistungen hat die Vorhabenträgerin direkt an die Auftragnehmer zu bezahlen.
- (8) Soweit im Einzelfall in Abstimmung mit der Vorhabenträgerin das Bezirksamt Auftraggeberin einer Maßnahme ist, überweist die Vorhabenträgerin die Auftragssumme vor Auftragserteilung an das Bezirksamt. Das Bezirksamt übermittelt den Auftragsbetrag bzw. die Rechnungssumme nach Abnahme der Leistung an die jeweiligen Auftragnehmer.

## **§ 7 Hinweis auf den Durchführungsvertrag**

- (1) Der Vorhabenträgerin ist bekannt, dass im weiteren Verfahren der Abschluss eines Durchführungsvertrags zwischen dem Bezirksamt und der Vorhabenträgerin erforderlich ist. Während der Erarbeitung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans – vor allem nach Durchführung des Arbeitskreises I – werden die Inhalte des Durchführungsvertrags vom Bezirksamt erarbeitet und mit von den Regelungen betroffenen Fachdienststellen sowie der Vorhabenträgerin abgestimmt.
- (2) Der Durchführungsvertrag wird vor der Öffentlichen Auslegung unterzeichnet. Er wird u.a. die Übernahme bzw. Aufteilung sämtlicher Herstellungskosten, Fristen für die Bauantragsstellung, Baubeginn und Baufertigstellung, Folgekosten und Bindungen hinsichtlich der zu realisierenden Fassaden sowie allgemein Regelungen für das Vorhaben über die Festsetzungen der Verordnung hinaus enthalten.
- (3) Die im Durchführungsvertrag vereinbarten Leistungen und Fristen werden mit einer Sicherheitsleistung seitens der Vorhabenträgerin in Form einer Bürgschaft eines anerkannten Kreditinstituts bzw. Bürgschaftsgebers abgesichert. Die Bürgschaft muss im Zeitpunkt der Unterschrift des Durchführungsvertrags vorliegen.
- (4) Der Durchführungsvertrag und die dazugehörigen Anlagen sind auf Grundlage des § 3 Absatz 1 des Hamburgischen Transparenzgesetzes im Informationsregister zu veröffentlichen. Durchführungsvertrag und Anlagen sind vor Einstellung in das Informationsregister von personen- und unternehmensbezogenen Daten zu bereinigen. Der ent-



sprechende Schwärzungsvorgang zum Durchführungsvertrag erfolgt aufgrund der Vertraulichkeit durch das Bezirksamt in Abstimmung mit der Vorhabenträgerin. Die Anlagen sind durch die Vorhabenträgerin bzw. das von ihr beauftragte Stadtplanungsbüro zu schwärzen und anschließend dem Bezirksamt für die Einstellung in das Informationsregister zur Verfügung zu stellen.

## **§ 8 Urheber- und Nutzungsrechte**

- (1) Das Bezirksamt darf die Unterlagen und Leistungen der Vorhabenträgerin bzw. des von der Vorhabenträgerin beauftragten Dritten (Leistungsverfasser) für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan auch vor ihrer Veröffentlichung ohne deren Mitwirkung unentgeltlich und uneingeschränkt nutzen, nutzen lassen und ändern. Bei wesentlichen Änderungen wird das Bezirksamt die Vorhabenträgerin anhören.
- (2) Die Vorhabenträgerin trägt Sorge dafür, dass sie - soweit gesetzlich zulässig - über sämtliche Nutzungsrechte der verwendeten Planungen, der von ihr beauftragten Gutachten und sämtlicher Abbildungen verfügt. Bei möglichen Verletzungen der Urheber- oder Nutzungsrechte, die sich auf Unterlagen oder Leistungen der Vorhabenträgerin bzw. des Leistungsverfassers beziehen, hält sie das Bezirksamt von Regressforderungen frei (**Anlage 5**).
- (3) Das Bezirksamt hat das Recht zur vollständigen oder auszugsweisen (Erst-)Veröffentlichung, wobei der Leistungsverfasser verlangen kann, dass er als Urheber genannt wird. Hat das Bezirksamt die Leistungen nach Absatz 1 geändert, so bedarf die Nennung des Leistungsverfassers dessen vorheriger Zustimmung. Der Leistungsverfasser bedarf zur Veröffentlichung der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Bezirksamts, das diese nur versagen wird, wenn öffentliche Interessen entgegenstehen.
- (4) Das Bezirksamt ist nach § 3 Absatz 1 des Hamburgischen Transparenzgesetzes verpflichtet, diesen Vertrag und die Leistungen der Vorhabenträgerin (nachfolgend „Werk“ genannt) im Informationsregister zu veröffentlichen und jeder Person unentgeltlich zu jedweder freien Nutzung zu überlassen. Die Vorhabenträgerin erklärt sich mit einer Veröffentlichung nach Maßgabe des Hamburgischen Transparenzgesetzes einverstanden. Die Vertragsparteien sind sich einig, dass dieser Vertrag keine personen- oder unternehmensbezogenen Daten enthält, die einer Veröffentlichung entgegenstehen könnten.
- (5) Der Vorhabenträgerin ist bekannt, dass ihre Leistungen die Grundlage für ein amtliches Werk im Sinne von § 5 Absatz 2 des Urheberrechtsgesetzes darstellen, das im amtlichen Interesse zur allgemeinen Kenntnissnahme veröffentlicht werden soll. Mit der Veröffentlichung im Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblatt entsprechend § 10 Absatz 3 des BauGB entfällt der urheberrechtliche Schutz.
- (6) Soweit das Werk urheberrechtlich schutzfähig ist, räumt die Vorhabenträgerin dem Bezirksamt sämtliche erforderliche Nutzungsrechte an dem zu erstellenden Werk zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränkt ein. Insbesondere räumt sie dem Bezirksamt das

Recht ein, das Werk zu vervielfältigen, zu verbreiten, öffentlich zugänglich zu machen, unter Wahrung seiner geistigen Eigenart zu bearbeiten oder umzugestalten – ungeachtet der Verwertungszwecke. Die Vorhabenträgerin gestattet dem Bezirksamt, jeder Person die freie Nutzung, Weiterverwendung und Verbreitung sowohl für nicht-kommerzielle als auch kommerzielle Zwecke im Umfang der eingeräumten Nutzungsrechte zu gestatten.

- (7) Die Vorhabenträgerin verzichtet auf die Geltendmachung von urheberrechtlichen Abwehransprüchen gegen Dritte; hiervon nicht erfasst sind Ansprüche wegen unterlassener Anerkennung der Urheberschaft nach § 13 des Urheberrechtsgesetzes und wegen gröblicher Entstellung des Werkes nach § 14 des Urheberrechtsgesetzes.

## **§ 9 Haftungsausschluss und Kündigung**

- (1) Bei Verzögerung oder Einstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens, gleich aus welchem Grund, verbleiben sämtliche Kosten, die im Zusammenhang mit der Planung und Durchführung des Verfahrens bereits entstanden sind oder noch entstehen werden (einschließlich der Kosten für Untersuchungen und Gutachten), bei der Vorhabenträgerin; eine Erstattung dieser und sonstiger Kosten oder Aufwendungen durch das Bezirksamt finden nicht statt. Dies gilt auch für den Fall, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan infolge eines gerichtlichen Normenkontrollverfahrens ganz oder teilweise für unwirksam erklärt wird oder eine auf den vorhabenbezogenen Bebauungsplan gründende Baugenehmigung durch gerichtliche Entscheidung aufgehoben wird. Die Vorhabenträgerin verzichtet unwiderruflich auf alle in diesem Zusammenhang eventuell entstehenden Ersatzansprüche; das Bezirksamt nimmt diesen Verzicht an.
- (2) Die Vorhabenträgerin kann diesen Vertrag mit Wirkung für die Zukunft kündigen, wenn sich im Laufe des Planverfahrens – z.B. aufgrund von Planänderungen – ergibt, dass sich das Vorhaben nicht wirtschaftlich realisieren lässt. Das Bezirksamt ist berechtigt, diesen Vertrag zu kündigen, wenn die Vorhabenträgerin die ihr nach §§ 3, 4, 6 und 8 obliegenden Pflichten verletzt oder die Vorhabenträgerin finanziell nicht oder nicht mehr in der Lage ist, das Vorhaben zu realisieren. Die Vorhabenträgerin trägt die entstandenen Kosten unverändert und ungeachtet des Zeitpunktes der Rechnungsstellung.

## **§ 10 Schlussbestimmungen, Rechtsnachfolge**

- (1) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sowie anderer Vereinbarungen, die den Inhalt dieses Vertrages berühren, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, sofern nicht durch Gesetz eine andere Form vorgeschrieben ist.
- (2) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so bleibt der Vertrag im Übrigen wirksam. Die Vertragsparteien verpflichten sich, unwirksame Bestimmungen durch andere zulässige Regelungen zu ersetzen,

die dem erstrebten rechtlichen und wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmungen möglichst weitgehend entsprechen.

- (3) Die Vorhabenträgerin ist berechtigt, diesen Vertrag mit Zustimmung des Bezirksamtes auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen. Die Vorhabenträgerin ist verpflichtet, dem Bezirksamt einen etwaigen Rechtsnachfolger anzuzeigen. Das Bezirksamt stimmt der Übertragung und der Rechtsnachfolge nur zu, wenn der Rechtsnachfolger einen Nachweis nach § 2 Absatz 4 erbracht hat und gewährleistet ist, dass der Rechtsnachfolger in sämtliche Pflichten der Vorhabenträgerin, die in diesem Vertrag vereinbart sind, eintritt, soweit diese nicht von der Vorhabenträgerin selbst erfüllt werden oder wurden. Dies gilt auch für die vertragliche Pflicht, einen weiteren Rechtsnachfolger in gleicher Weise zu verpflichten.

## **§ 11 Anlagen**

Folgende Anlagen sind Bestandteil dieses Vertrages

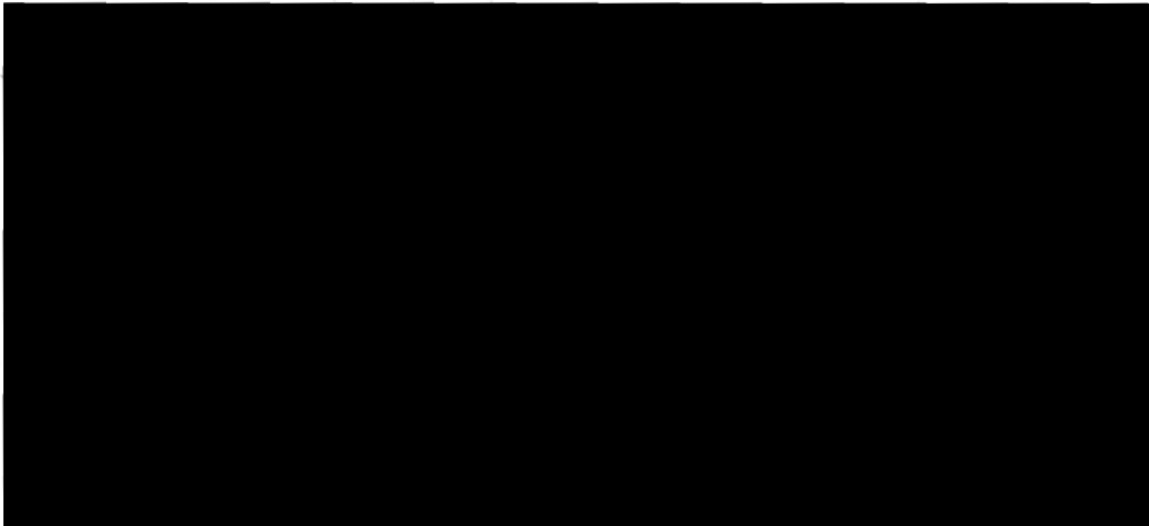
- Anlage 1: Funktionsplan aus dem städtebaulich-hochbaulichen Gutachterverfahren als Vorentwurf im vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahren
- Anlage 2: Entwurf des Bebauungsplans zur Einleitung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens
- Anlage 3: Inhaltsverzeichnis der Verfahrensakte
- Anlage 4: Infoblatt zur Abgabe der digitalen Daten bei der Erstellung von Bebauungsplänen
- Anlage 5: Eigenerklärung zu datenschutz- und urheberrechtlichen Vorgaben bei Veröffentlichungen

Düsseldorf, den 28.02.2023

Hamburg, den 21.03.2023

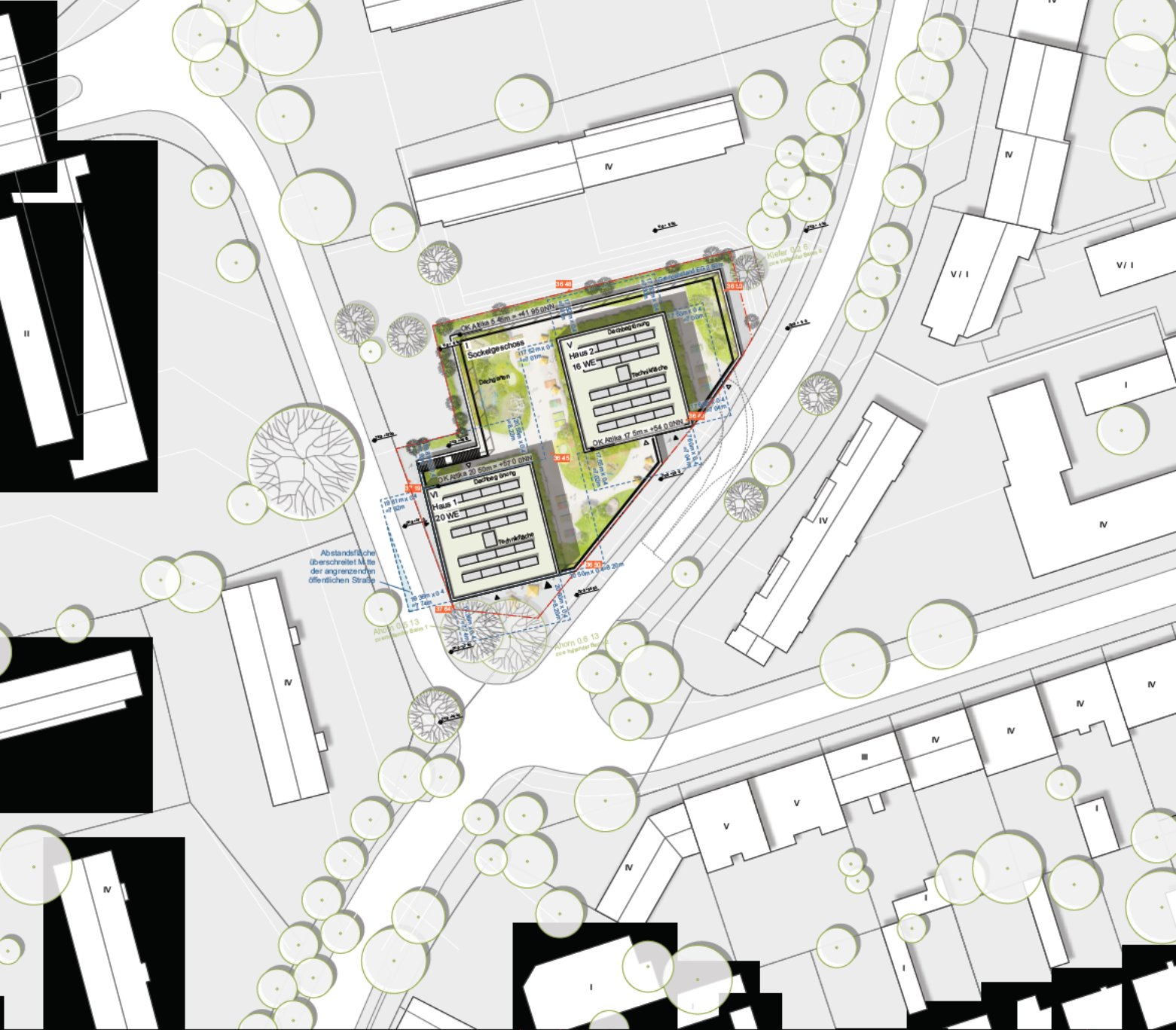
RATISBONA Handelsimmobilien  
Niederkassler Lohweg 18  
40547 Düsseldorf

Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Harburg



Lageplan - hochbaulicher Entwurf

Eißendorf 50, städtebaulicher Vorvertrag: Anlage 1



**Legende**

- Grundstücksgrenze
- Abstandsfäche  
Gebäudehöhe über Gelände x Abstandsfächenfaktor  
= einzuhaltende Abstandsfäche Gebäudeecke
- Festgesetzter Geländepunkt am nächsten zur entsprechenden Gebäudeecke

**Projekt**

Weusthoffstraße  
Weusthoffstraße 35, 21075 Hamburg

**Baunull**  
OKFF ±0,00 m 36,50 m üNN

**Bauherr / Auftraggeber**

RATISBONA Handelsimmobilien  
Sperberweg 16  
41468 Neuss

**Planverfasser**

coido GmbH  
Neuer Pferdemarkt 1 | 20359 Hamburg

**Erstellung**  
Bebauungsplan

Claussen & Seggelle Stadtplaner  
Lippeltstraße 1 | 20077 Hamburg

**Planbezeichnung**

Lageplan

**Plannummer**  
192\_A2\_00\_LP

Phase	Maßstab	Datum Planstand
VORENTWURF	1:500	11.04.22
192_02_Lageplan.vwx	gezeichnet	Erstelldatum
Projekt Nr. 192	geprüft	Planformat ISO A2





Vorhabenbezogener Bebauungsplan-Entwurf Eißendorf 50

Festsetzungen

- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans
- Vorhabengebiet Einzelhandel und Wohnen
- z.B. III-IV Zahl der Vollgeschosse, als Höchstmaß
- Baugrenze
- Straßenverkehrsfläche
- Fläche für Tiefgarage
- Straßenbegrenzungslinie

Kennzeichnungen

- Vorhandene Gebäude

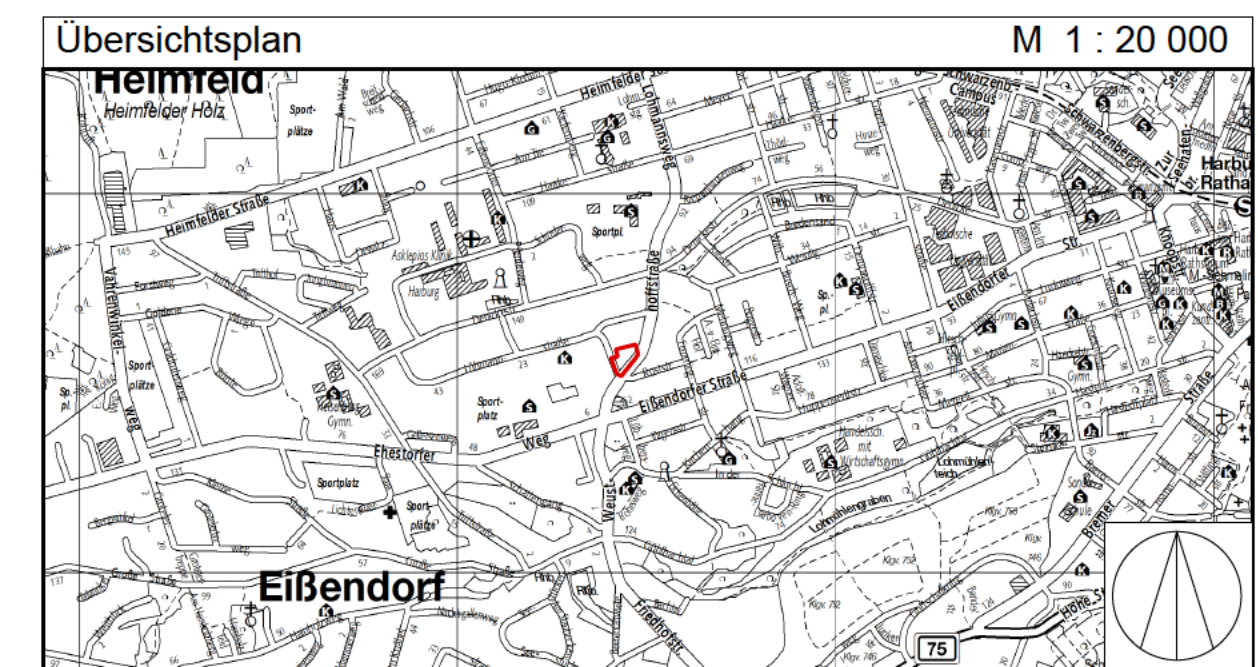
Hinweise

Maßgebend ist die Baunutzungsverordnung in der Fassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 133), zuletzt geändert am 04. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057, 1062).


Längenmaße und Höhenangaben in Metern

Der Kartenausschnitt (ALKIS®) entspricht für den Geltungsbereich des Bebauungsplans dem Stand vom XX

**Zu dem Bebauungsplan existiert ein städtebaulicher Vertrag.**



F R E I E U N D H A N S E S T A D T H A M B U R G



**Vorhabenbezogener  
Bebauungsplan - Entwurf  
Eißendorf 50**

Stand: 27.09.2021  
Bezirk Hamburg-Harburg

Maßstab 1 : 1000 (im Original)  
Ortsteil 710



**Vorhabenbezogener Bebauungsplan Eißendorf 50 (Weusthoffstraße) 610.02-02/3025**

Stand: 09.09.2022

**Unterlagen zur Feststellung und zur Verfügung nach ELDORADO*****Vorläufiges Inhaltsverzeichnis als Anlage zum städtebaulichen Vorvertrag***

(Ist im weiteren Verfahren anzupassen und zu ergänzen)

<b>DIM</b>	<b>Verfahrensschritt</b>	<b>Unterlagen</b>	<b>Verfügung nach ELDORADO am</b>
<b>0001</b>	<b>Vorbereitung</b>		
		ED50_Datum_Protokoll Vorgespräch_Verfahrensablauf	
		ED50_Datum_Niederschrift SEA_Erstmalige Vorstellung Vorhaben	
		ED50_Datum_Auslobung städtebaulicher Wettbewerb	
		ED50_Datum_Niederschrift SEA_Vorstellung Wettbewerbsergebnis	
		ED50_Datum_Protokoll zur Preisgerichtssitzung mit Endpräsentation	
<b>0002</b>	<b>Einleitung</b>		
		ED50_Datum_Anlage Beschlussvorlage Einleitung_B-Plan-Entwurf	
		ED50_Datum_Anlage Beschlussvorlage Einleitung_Angaben B-Plan	
		ED50_Datum_Beschlussvorlage_Einleitung	
		ED50_Datum_Präsentation SEA_Einleitung	
		ED50_Datum_Niederschrift SEA_Einleitung Beschluss	
		ED50_Datum_Niederschrift BV_Einleitung Beschluss	
<b>0003</b>	<b>Groabstimmung</b>		
		ED50_Datum_Einladung GA mit Verteiler	
		ED50_Datum_GA-Papier	
		ED50_Datum_GA>Weitere GA-Unterlagen (nachfolgend einzeln aufzuführen)	
		ED50_Datum_GA_Landesplanerische Stellungnahme	
		ED50_Datum_GA_Stellungnahmen (zu einem PDF zusammengeführt)	
		ED50_Datum_GA_Niederschrift	
<b>0004</b>	<b>LAPRO-Anpassung</b>	<b>Falls erforderlich</b>	



<b>0005</b>	<b>Frühzeitige TÖB-Beteiligung § 4(1) BauGB</b>		
		ED50_Datum_Verschickung_Frühzeitige TÖB	
		ED50_Datum_Frühzeitige TÖB_Stellungnahmen <i>(zu einem PDF zusammengeführt)</i>	
<b>0006</b>	<b>FÖB § 3(1) BauGB Öffentliche Plandiskussion</b>		
		ED50_Datum_Beschlussvorlage_FÖB	
		ED50_Datum_Niederschrift SEA_FÖB_Beschluss	
		ED50_Datum_Niederschrift BV_FÖB Beschluss	
		ED50_Datum_Plakat_FÖB	
		ED50_Datum_Infolyer_FÖB	
		ED50_Datum_Bekanntmachung_FÖB_AA	
		ED50_Datum_Bekanntmachung_FÖB_Pressemitteilung	
		ED50_Datum_Präsentation_FÖB	
		ED50_Datum_Niederschrift_FÖB	
		ED50_Datum_Niederschrift_Auswertung_FÖB	
		ED50_Datum_Präsentation SEA Auswertung FÖB	
<b>0007</b>	<b>Beteiligung TÖB § 4(2) BauGB AK I</b>		
		ED50_Datum_Vermerk Abstimmung D4 und SLL	
		ED50_Datum_Unterlagen und Gutachten zur TÖB-Beteiligung (nachfolgend einzeln aufzuführen)	
		ED50_Datum_Anschreiben_TÖB Beteiligung	
		ED50_Datum_Verordnung_TÖB Beteiligung	
		ED50_Datum_Begründung_TÖB Beteiligung	
		ED50_Datum_Planzeichnung_TÖB Beteiligung	
		ED50_Datum_Stellungnahmen und Abwägung TÖB <i>(zu einem PDF zusammengeführt)</i>	
		ED50_Datum_Einladung AK I	
		ED50_Datum_Niederschrift AK I	
		ED50_Datum_Nachgespräch AK I (falls erforderlich)	
		ED50_Datum_Niederschrift Nachgespräch AK I (falls erforderlich)	

<b>0008</b>	<b>Rechtsprüfung</b>		
		ED50_Datum_Planzeichnung_RP	
		ED50_Datum_VEPL_RP	
		ED50_Datum_Verordnung_RP	
		ED50_Datum_Begründung_RP	
		ED50_Datum_Versand Unterlagen an RA	
		ED50_Datum_Prüfungsvermerk RA vor ÖA	
<b>0009</b>	<b>Kenntnisnahmeverschickung</b>		
		ED50_Datum_Verordnung_KV	
		ED50_Datum_VEPL_KV	
		ED50_Datum_Begründung_KV	
		ED50_Datum_Planzeichnung_KV	
		ED50_Datum_weitere Unterlagen und Gutachten (nachfolgend einzeln aufzuführen)	
		ED50_Datum_Kenntnisnahmeverschickung	
		ED50_Datum_Stellungnahmen KV (zu einem PDF zusammengeführt)	
<b>0010</b>	<b>Aufstellungsbeschluss</b>		
		ED50_Datum_Beschlussvorlage AB	
		ED50_Datum_AB_Karte	
		ED50_Datum_VEPL_AB	
		ED50_Datum_Planz_AB	
		ED50_Datum_Verordnung_AB	
		ED50_Datum_Begründung_AB	
		ED50_Datum_Niederschrift SEA_AB	
		ED50_Datum_Niederschrift BV_AB	
		ED50_Datum_AB mit Unterschrift B	
		ED50_Datum_Bekanntmachung AB im AA	
<b>0011</b>	<b>Beteiligung § 3(2) BauGB Öffentliche Auslegung</b>		
		ED50_Datum_Beschlussvorlage ÖA	
		ED50_Datum_VEPL_Zustimmung ÖA	
		ED50_Datum_Planzeichnung_Zustimmung ÖA	
		ED50_Datum_Verordnung_Zustimmung ÖA	
		ED50_Datum_Begründung_Zustimmung ÖA	

		ED50_Datum_Durchführungsvertrag_Zustimmung ÖA	
		ED50_Datum_Präsentation Zustimmung ÖA	
		ED50_Datum_Niederschrift SEA ÖA Beschluss	
		ED50_Datum_Niederschrift BV_ÖA Beschluss	
		ED50_Datum_Auslegungsbeschluss von B unterz.	
		ED50_Datum_Bekanntmachung ÖA im AA	
		ED50_Datum_Verordnung_ÖA (gescannte Unterlagen mit Stempel als Nachweis zur öffentlichen Auslegung)	
		ED50_Datum_Begründung_ÖA (gescannte Unterlagen mit Stempel als Nachweis zur öffentlichen Auslegung)	
		ED50_Datum_Planzeichnung_ÖA (gescannte Unterlagen mit Stempel als Nachweis zur öffentlichen Auslegung)	
		ED50_Datum_VEPL_ÖA (gescannte Unterlagen mit Stempel als Nachweis zur öffentlichen Auslegung)	
		ED50_Datum_Umweltakte_ÖA (gescannte Unterlagen mit Stempel als Nachweis zur öffentlichen Auslegung)	
		ED50_Datum_Originalstellungnahmen_ÖA (zu einem PDF zusammengeführt)	
		ED50_Datum_Zwischennachrichten (zu einem PDF zusammengeführt)	
<b>0012</b>	<b>Arbeitskreis II</b>		
		ED50_Datum_Einladung AK II	
		ED50_Datum_AK II-Papier	
		ED50_Datum_Stellungnahmen zum AK II (alle Stellungnahmen zu einem PDF zusammengeführt)	
		ED50_Datum_Niederschrift AKII	
<b>0012a</b>	<b>Rechtsprüfung vor 2.ÖA</b>	<b>Falls erforderlich</b>	
<b>0012b</b>	<b>Kenntnisnahmeverschickung vor 2.ÖA</b>	<b>Falls erforderlich</b>	
<b>0013</b>	<b>erneute öffentliche Auslegung bzw. Beteiligung §4a BauGB</b>	<b>Falls erforderlich</b>	
<b>0013a</b>	<b>Erneuter Arbeitskreis II</b>	<b>Falls erforderlich</b>	

<b>0014</b>	<b>Genehmigungsprüfung Feststellung</b>		
		ED50_Datum_AK II-Papier	
		ED50_Datum_Planzeichnung_Feststellung	
		ED50_Datum_Verordnung_Feststellung	
		ED50_Datum_Begründung_Feststellung	
		ED50_Datum_VEPL_Feststellung	
		ED50_Datum_Durchführungsvertrag_Feststellung	
		ED50_Datum_Beschlussvorlage_Feststellung	
		ED50_Datum_Drs_Beschlussempfehlung_Feststellung	
		ED50_Datum_Präsentation SEA	
		ED50_Datum_Niederschrift SEA_Beschluss Feststellung	
		ED50_Datum_Niederschrift BV_Beschluss Feststellung	
		ED50_Datum_Bestätigung B_Erreichung Planreife	
		ED50_Datum_Ergebnis RP_Feststellung	
		ED50_Datum_Ergebnis Genehmigungsprüfung BSW	
		ED50_Datum_Ergebnis Rechtsförmlichkeitsprüfung JB	
		ED50_Datum_Anschreiben_Feststellungsbeschluss_B	
		ED50_Datum_Feststellungsbeschluss_B	
		ED50_Datum_Staatsarchiv_Niederlegung ( <i>Bestätigung des Staatsarchivs</i> )	
		ED50_Datum_Verordnung festgestellt	
		ED50_Datum_Begründung festgestellt	
		ED50_Datum_Planzeichnung festgestellt	
		ED50_Datum_VEPL festgestellt	
		ED50_Datum_Zusammenfassende Erklärung ( <i>wenn erforderlich</i> )	
		ED50_Datum_Bekanntmachung_Feststellungsbeschluss_HmbGVBI	
<b>0015</b>	<b>Schlussverschickung Schlussmitteilungen</b>		
		ED50_Datum_Schlussmitteilungen_Abwägungsergebnis_Öffentlichkeit (alle Schlussmitteilungen zu einem PDF zusammengeführt)	
		ED50_Datum_Schlussverschickung_TÖB	
<b>0016</b>	<b>Verträge</b>		

		ED50_Datum_Städtebaulicher Vorvertrag	
		ED50_Datum_Durchführungsvertrag	
		ED50_Datum_Erschließungsvertrag	
<b>0016a</b>	<b>Gutachten</b>	<b>Alle Gutachten im Finalstand</b>	
<b>0017</b>	<b>Zurückstellung / Veränderungssperre</b>		
<b>0018</b>	<b>Bauanträge im Verfahren</b>		
<b>0019</b>	<b>Normenkontrolle</b>		
<b>0020</b>	<b>Aufhebungsverfahren</b>		
<b>0021</b>	<b>Sonstige revisionsrelevante Unterlagen</b>		

## Infoblatt zur Abgabe der digitalen Daten bei der Erstellung von Bebauungsplänen

Folgende Anforderungen werden an die digitale Erstellung von Bebauungsplänen gestellt:

1. Grundlage für die Planwerke ist ALKIS basierend auf dem Koordinatensystem ETRS89 Abbildung UTM ohne führende Zone 32 im Lagestatus 310 (EPSG:25832). Dieses Koordinatensystem ist auch bei Abgabe von digitalen Unterlagen wie Vermessungsergebnissen, Gutachten oder Ähnlichem anzuwenden.
2. Der neu zu erstellende Geltungsbereich soll an die bestehenden und elektronisch bereitgestellten angrenzenden Geltungsbereiche und / oder ggf. vorhandenen ALKIS-Flurstücks-Grenzen angepasst werden.
3. Die Erstellung der Pläne muss so erfolgen, dass Flächen (z.B. Baugebiete, Straßenverkehrsflächen) immer geschlossen sind und es keine Überschneidungen / Überlappungen oder Lücken bei den Flächen gibt, für die ein Flächenschluss (die Flächen, die in der Bilanzsumme die Fläche des Bebauungsplans ergeben) festgelegt ist. Aneinandergrenzende Geometrien müssen in ihrer Lage identische Stützpunkte haben. Die Vorgaben des *„Pflichtenheftes zur Erstellung eines Bauleitplans unter Verwendung des Datenaustauschformates „XPlanung“ für die Freie und Hansestadt Hamburg“* sind zwingend zu berücksichtigen.
4. Alle Festsetzungen des Bebauungsplans, die Nachrichtlichen Übernahmen und die Kennzeichnungen einschließlich der textlichen Festsetzungen müssen in XPlanGML abgegeben werden. Das aktuelle Austauschformat ist XPlanGML in den Versionen 5.2. und 5.3.
5. Für die Online-Beteiligung ist ein ausgeschnittener, georeferenzierter Rasterplan (300 dpi, PNG-Format mit PGW-Datei) zu liefern. Dazu muss mindestens der Geltungsbereich als Umring in XPlanGML zur Grobabstimmung geliefert werden. Der jeweilige Status des Plans in der XPlanGML ist eindeutig zu unterscheiden nach im Verfahren (Entwurf) und festgestellt.  
Die Planunterlagen sind auf dem [BOP-Sharepoint](#) abzulegen.

6. Für alle im Verfahren befindlichen sowie festgestellten Pläne gilt folgender Lieferumfang:

Verfahrensschritte	Lieferumfang von XPlankonformen Daten
Grobabstimmung	Umring als Xplan-GML
TöB-Beteiligung	komplettes XPlanGML inkl. vektorieller Informationen der Planzeichnung einschl. zeichnerischer Festsetzungen, ohne Referenzierung der textlichen Festsetzungen
öffentliche Auslegung	komplettes XPlanGML inkl. vektorieller Informationen der Planzeichnung einschl. zeichnerischer Festsetzungen, ohne Referenzierung der textlichen Festsetzungen
Feststellung	komplettes XPlanGML inkl. vektorieller Informationen der Planzeichnung einschl. zeichnerischer Festsetzungen, inkl. Referenzierung der textlichen Festsetzungen; die textlichen Festsetzungen müssen an die betroffenen Planzeichen angehängt sein.

7. Damit festgestellte Bebauungspläne zeitnah nach Inkrafttreten im Planportal abgebildet werden können, sind dem LGV folgende Unterlagen im eigenen Verfahrensordner auf dem BOP-Sharepoint bereitzustellen:
- als **XPlanGML-Datei**: Planzeichnung
  - als **DWG-Datei**: Planzeichnung
  - als **Shape-Datei**: Umring des im Verfahren befindlichen Bebauungsplanes (einschließlich des Links zur Internetseite); Hinweis: Die Dateikomponenten sollten als ZIPArchiv bereitgestellt werden
  - als georeferenziertes Rasterbild (PNG- und PGW-Datei): Planzeichnung
  - als **PDF-Datei**:
    - Planzeichnung, für Plandrucke mind. in 300 dpi und mit Angabe des Blattformats
    - Verordnung. Für sie ist die nach Veröffentlichung im HmbGVBl. durch Lütcke & Wulff bereitgestellte PDF-Datei abzuholen und auf dem Sharepoint bereitzustellen
    - Begründung
    - Zusammenfassende Erklärung
- Zusätzlich bei vorhabenbezogenen Bebauungsplänen:
- Vorhaben- und Erschließungsplan
  - Durchführungsvertrag (geschwärzt)

Innerhalb von drei Geschäftstagen nach Veröffentlichung des festgestellten Bebauungsplans im HmbGVBl. sollen die o.g. Daten im BOP-Sharepoint bereitgestellt werden. Die Verantwortung hierfür trägt der Datenurheber bzw. Verfahrensträger (vgl. auch HmbTG).



## **Eigenerklärung zu datenschutz- und urheberrechtlichen Vorgaben bei Veröffentlichungen**

Mir ist bekannt, dass alle Werke, zum Beispiel Kartenmaterial, Publikationen, Bilder, die durch das Bezirksamt Harburg der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, den gesetzlichen Vorgaben des Datenschutzes und Urheberrechtes entsprechen müssen.

Im Rahmen der Beauftragung zum Projekt/Verfahren (Beschreibung)

Neuentwicklung des Bebauungsplangebietes Eißendorf 50

Entwicklung eines großflächigen Lebensmittelmarktes mit Bäcker & Café zzgl. Wohnbebauung

erkläre ich hierzu Folgendes (Zutreffendes bitte ankreuzen, Nichtzutreffendes bitte streichen):

- ☒ Ich verfüge als Urheber/Inhaber bzw. als Bevollmächtigter des Urhebers/Inhabers über alle notwendigen Rechte, um dem Bezirksamt Harburg das Recht zur uneingeschränkten Veröffentlichung an den zum oben genannten Projekt/Verfahren erstellten Werken einzuräumen. Ich übertrage dem Bezirksamt Harburg zur Nutzung insbesondere die Rechte zur Vervielfältigung, zur Verbreitung und zum Zugänglichmachen im Internet gemäß §§ 16, 17 und 19a des Urhebergesetzes, unter Bezeichnung des Urhebers nach § 13 des Urhebergesetzes.
- ☒ Es stehen einer Nutzung oder Veröffentlichung keine Urheberrechte oder Rechte am eigenen Werk Dritter entgegen.
- ☒ Ich stimme ausdrücklich einer Nutzung/Veröffentlichung des zur Verfügung gestellten Materials im Rahmen einer öffentlichen Sitzung der politischen Gremien zu. Dies beinhaltet auch die Hinterlegung der Werke im Allgemeinen Ratsinformationssystem (ALLRIS). Mir ist bekannt, dass damit automatisch eine Veröffentlichung im öffentlichen Informationsregister (Rechtsgrundlage: Hamburgisches Transparenzgesetz) einhergeht und die Daten somit für Jedermann kostenlos abrufbar sind. Werke, die davon ausgenommen sein sollen, werden von mir gekennzeichnet.
- ☒ Ich versichere, bei der Erstellung und Überlassung des Werkes/der Werke die geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu wahren.
- ☐ ~~Soweit ich Dritte zur Erfüllung meiner vertraglichen Verpflichtungen hinzuziehe, verpflichte ich mich, dafür Sorge zu tragen, dass dem Bezirksamt Harburg die oben genannten Rechte eingeräumt werden. Ich stelle das Bezirksamt von allen urheberrechtlichen Ansprüchen Dritter, die sich aus der Nutzung und Veröffentlichung des/der überlassenen Werke(s) gegen das Bezirksamt Harburg ergeben, frei.~~

~~Mir ist weiterhin bekannt, dass Quellennachweise direkt am Bild bzw. an der Grafik/am Kartenmaterial anzubringen sind. Ich verpflichte mich, diese Vorgabe bei der Auftragserfüllung einzuhalten.~~

Bei allen Plänen und Grafiken muss die COIDO GmbH mit als Urheber gekennzeichnet werden. Sollte dies nicht bereits im Bild / Grafik / Plan zu sehen sein, muss dies von demjenigen, der es veröffentlicht nachgetragen werden.

Düsseldorf, 30.03.2023

i.A. 

Ort, Datum

Unterschrift, Firmenstempel